

Protokoll über die Sitzung Nr. 8/2020 des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 21. September 2020, um 14:00 Uhr im Ratssaal

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder Gruppe CDU/WBV

Ausschussvorsitzender Stefan Becker
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann

Mitglieder SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir
Beigeordneter Howard Jacques
Beigeordneter Jörg Mückenwarf
Bürgermeister Uwe Reese

Mitglieder Gruppe GrünUnabhängigSozial

Beigeordnete Antje Johanna Kloster
Ausschussmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglieder Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglieder AfD-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Moriß
Ausschussmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Es fehlte entschuldigt:

Beigeordneter Stephan Hellwig

Dezernenten:

Stadtrat Thomas Bruns
Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung:

Marion Winkel-Fiedelak - Leitung Referat 5 - Referat für Recht, Kommunalverfassungsangelegenheiten, Kultur, Bildung und Sport
Niksa Marusic - Leitung Referat 2 - Referat für Umwelt und Klimaschutz, Feuerwehr, Hafen und Umwelt
Cordula Franke - Gleichstellungsbeauftragte
Jürgen Janßen - Fachbereichsleitung Wirtschaft und Regionalmanagement
Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination
Insa Rogel - Fachbereich Kommunikation & Koordination
Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen
Jan Hülsemann - Fachbereich Finanzen
Jörg Engesser - Fachbereich Finanzen

Sonstige:

Holger Kullik - Kaufmännische Betriebsleitung Technische Betriebe
Oliver Leinert - Geschäftsführer Klinikum Wilhelmshaven
Elke Schute - Geschäftsführerin JadeBay GmbH

Protokollführerin:

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | |
|-------|--|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.07.2020 | |
| 4 | <u>Vorlagen an den Rat</u> | |
| 4.1 | Jahresabschluss sowie Rechenschaftsbericht 2019 (Kernverwaltung); Entlastung des Oberbürgermeisters | 191/2020 |
| 4.2 | Jahresabschluss 2019 Technische Betriebe Wilhelmshaven | 201/2020 |
| 4.3 | Entnahme aus Rücklagen | 202/2020 |
| 4.4 | Überörtliche Kommunalprüfung - Kommunale Flugplätze | 239/2020 |
| 4.5 | Wirtschaftsplan 2021 der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH | 238/2020 |
| 4.6 | "Ausbildungsverbund Pflege": Umsetzung aus dem Pflegeberufereformgesetz | 220/2020 |
| 4.7 | Benennung eines neuen beratenden Mitgliedes im Ausschuss für Soziales und Gesundheit | 196/2020 |
| 4.8 | Mittelbereitstellung für die Naturschutzstiftung FRI – WTM – WHV, hier: Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität (biologische Vielfalt) | 152/2020 |
| 4.9 | Antrag Gruppe GUS: Einrichtung einer Babyklappe | 521/2020 |
| 4.10 | Antrag AfD-Fraktion: Sanierung/Erneuerung Hessenser Weg mit Straßenbeleuchtung | 533/2020 |
| 4.11 | Antrag BASU: Erarbeitung eines Konzepts zur Reaktivierung des Campingplatzes in Voslapp | 534/2020 |
| 4.12 | Antrag Gruppe GUS: Einrichtung von "All Gender Toiletten" | 535/2020 |
| 5 | <u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss</u> | |
| 5.1 | Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Wilhelmshaven für das Geschäftsjahr 2019 | 221/2020 |
| 5.2 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA | 189/2020 |
| 6 | <u>Mitteilungen und Anfragen</u> | |
| 6.1 | Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung | |
| 6.1.1 | Vortrag JadeBay | |

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Becker**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Becker schlug vor, dass Frau Schute den Vortrag über die JadeBay GmbH direkt hinter Tagesordnungspunkt 3 abhält.

Herr Tönjes wies auf die geltende Redezeitbeschränkung hin.

Die geänderte Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.07.2020

Herr Tönjes kritisierte, dass das Protokoll nicht alsbald nach der Sitzung am 13.07.2020 zur Verfügung gestanden habe. Er kündigte an, dass er gegen die Genehmigung der Niederschrift stimmen werde.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.07.2020 wurde mit zwei Gegenstimmen mehrheitlich genehmigt.

6.1.1 Vortrag JadeBay

Frau Schute hielt einen Vortrag über die Arbeit der JadeBay GmbH. Der Vortrag ist als Anlage beigefügt.

Herr Dr. von Teichman bat darum, diese Informationen regelmäßig im Rat vorzustellen. Er berichtete, dass der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband Jade Interesse an einer Beteiligung an der JadeBay GmbH bekundet habe. **Herr Dr. von Teichman** erkundigte sich nach der Zusammenarbeit mit den Partnern der JadeBay GmbH und den Reaktionen der Wirtschaft.

Frau Schute erklärte, dass die Projekte mit den Partnern abgestimmt werden und ein stetiger Kontakt gepflegt werde. Die Rückmeldungen aus der Wirtschaft seien sehr positiv.

Herr Tönjes forderte zukünftig mehr Transparenz und regelmäßige Informationen.

Herr Heinemann teilte mit, dass er bei der Jadebay GmbH und ihren Partnern eine gute und konstruktive Zusammenarbeit erlebt habe.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Jahresabschluss sowie Rechenschaftsbericht 2019 (Kernverwaltung); Entlastung des Oberbürgermeisters **191/2020**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Müller erläuterte, dass im April bereits der vorläufige Jahresabschluss vorgestellt wurde. Durch die Prüfung des Jahresabschlusses haben sich noch einige Korrekturen ergeben. Mit dem vorliegenden Jahresabschluss weist die Stadt zum fünften Mal in Folge ein positives Jahresergebnis aus.

Herr Engesser hielt einen Vortrag über den Jahresabschluss und stellte jahresübergreifende Vergleiche vor. Der Vortrag ist als Anlage beigefügt.

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, dass in dem 2018 beschlossenen Haushaltsplan für 2019 ein Jahresergebnis in Höhe von 0,6 Mio. € geplant gewesen sei. Er erkundigte sich, nach den Ursachen für die positive Entwicklung des Jahresergebnisses.

Herr Engesser erklärte, dass der Haushaltsplan unter anderem durch Nachtrags Haushalte, Nachbewilligungen und Haushaltsreste verändern werden könne.

Aufgrund einer Nachfrage zu den Investitionskrediten von **Herrn Dr. von Teichman** informierte **Herr Engesser**, dass die Investitionsmaßnahmen im Rahmen des Haushaltsplanes festgelegt werden. **Herr Müller** ergänzte, dass im Rahmen der Restrukturierung im Jahr 2016 Kredite von ehemaligen Beteiligungen übernommen worden seien und daher der Kreditbestand gestiegen sei.

Herr Dr. von Teichman fragte, ob es Überlegungen gäbe die Deckelung des Zuschusses an TBW aufzuheben. **Herr Bruns** antwortete, dass im Rahmen der Haushaltsplanung 2021/ 2022 die Zuschüsse überprüft werden.

Herr Müller erläuterte, auf Wunsch von **Herrn Dr. von Teichman**, dass in den sonstigen Geldschulen eine Erstattung an GEW durch zu hoch erhaltener Konzessionsabgaben enthalten sei.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman**, erklärte **Herr Bruns**, dass im öffentlichen Dienst der Resturlaub aus dem Vorjahr lediglich bis zum 30.09. des Jahres in Anspruch genommen werden müsse, daraus ergebe sich die Höhe der Rückstellung für Urlaubstage.

Herr Dr. von Teichman erkundigte sich, ob die Stadt aktuell Strafzinsen zahlen müsse. **Herr Müller** erklärte, dass es zu Verwarentgelten kommen könne, dies allerdings aktuell nicht der Fall sei.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat beschließt den Jahresabschluss 2019 der Stadt Wilhelmshaven (*Kernverwaltung*) unter Kenntnisnahme des Schlussberichts des Rechnungsprüfungs-amtes, einschließlich der Stellungnahme des Oberbürgermeisters.
2. Das Haushaltsjahr 2019 schließt mit einem Gesamtüberschuss i.H.v. **4.660.132,83 €**.
3. Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses (5.450.733,20 €) wird zunächst zur Deckung des Defizits im außerordentlichen Ergebnis (-790.600,37 €) verwendet. Der verbliebene Überschuss (4.660.132,83 €) wird vollständig zur Abdeckung des Fehlbeträge aus Vorjahren verwendet.

4. Ein im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten entstandener Mehrbedarf im Teilhaushalt „Allgemeine Finanzen“, i.H.v. rd. 137 T€ wird als überplanmäßiger Aufwand genehmigt. Die Deckung erfolgte im Rahmen des Jahresabschlusses zu Lasten von Mehrerträgen / Minderaufwendungen in verschiedenen Bereichen.
5. Oberbürgermeister Feist wird für das Haushaltsjahr 2019 Entlastung erteilt.

4.2 Jahresabschluss 2019 Technische Betriebe Wilhelmshaven

201/2020

Die Beschlussvorlage wurde von **Herrn Becker** vorgetragen.

Herr Dr. von Teichman kritisierte die Schließung beziehungsweise die verkürzte Öffnungszeit des Abfallzentrums, da dies das Risiko für illegale Müllentsorgung erhöhen würde. Ebenfalls kritisierte **Herr Dr. von Teichman** den langjährigen Stillstand bezüglich des Tropenhauses. Außerdem bemängelte **Herr Dr. von Teichman**, dass die gescheiterte Einführung der gelben Tonne nicht im Lagebericht thematisiert werde. Er wies darauf hin, dass die steigenden Verluste der Friedhöfe, die Straßenunterhaltung und die Deckelung der Zuschüsse diskutiert werden müsse.

Er hinterfragte kritisch die Einführung von „Wilhelmshaven – sauber und integrativ“, obwohl bereits mehrere Teams für die Pflege des Stadtbildes vorhanden seien.

Aufgrund der Nachfrage von **Herrn Becker**, erklärten **Herr Schönfelder** und **Herr Oberbürgermeister Feist**, dass es sich bei den Fragen von Herrn Dr. von Teichman um politische Anmerkungen handele und diese in dem zuständigen Fachausschuss diskutiert werden sollten.

Herr Reese sprach sich auch dafür aus, die angesprochenen Thematiken im Betriebsausschuss zu diskutieren.

Frau Bakir und **Herr Walpurgis** berichteten aus der Sitzung des Betriebsausschusses.

Herr Tönjes teilte mit, dass er sich bei der Abstimmung enthalten werde.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) zum 31.12.2019 wird gemäß Abschlussprüfung der PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, mit einem Jahresgewinn von **2.063.662,34 €** beschlossen (festgestellt).

2. Der Lagebericht wird gleichfalls festgestellt.
3. Gemäß § 35 der Niedersächsischen Eigenbetriebsverordnung wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.
4. Von dem Jahresgewinn werden zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung und zur Finanzierung von Investitionen **192.662,34 €** in die Gewinnrücklage eingestellt, sowie **1.871.000,- €** zur Verzinsung des Eigenkapitals ausgeschüttet.

4.3 Entnahme aus Rücklagen

202/2020

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Aus dem Eigenkapital (Gewinnrücklage) der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) wird ein Betrag in Höhe von **147.000 €** entnommen und an den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven ausgeschüttet.

4.4 Überörtliche Kommunalprüfung - Kommunale Flugplätze

239/2020

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Müller informierte, dass der Landesrechnungshof im letzten Jahr Daten bezüglich der kommunalen Flugplätze erhoben habe und daraus diese Prüfung resultiere. Die Stadt Wilhelmshaven sei zu 50 % mittelbar durch die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft am JadeWeserAirport beteiligt, daher sei die Stadt rechtlich verpflichtet die Prüfung zu veröffentlichen.

Herr Dr. von Teichman regte an, dass aus der Gesellschaft mehr im Rat berichtet werden sollte.

Herr Tönjes teilte mit, dass sich mittel- und langfristig Gedanken über den Flugplatz gemacht werden müsse.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt die Prüfungsmitteilung über die „Überörtliche Kommunalprüfung - Kommunale Flugplätze“ durch den Niedersächsischen Landesrechnungshof zur Kenntnis.

4.5 Wirtschaftsplan 2021 der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH

238/2020

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Bruns erklärte, dass mit dem Wirtschaftsplan die bestehenden Ratsbeschlüsse umgesetzt werden. Er berichtete außerdem, dass eine Umsatzsteuerpflicht nur für die Personalgestellung gelte.

Herr Dr. von Teichman kritisierte, dass konkrete Mitarbeiterbezeichnungen enthalten seien. Er vertrat die Meinung, dass die zukünftige Geschäftsführung der Gesellschaft entscheiden sollte, welche Arbeitsstellen benötigt werden.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2021 der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH mit einem Zuschuss der Stadt Wilhelmshaven in Höhe von 1.356.500 € wird zugestimmt.

4.6 "Ausbildungsverbund Pflege": Umsetzung aus dem 220/2020
Pflegeberufereformgesetz

Die Beschlussvorlage wurde von **Herrn Becker** vorgetragen.

Herr Dr. von Teichman schlug vor, über eine Kooperation mit dem Landkreis Friesland nachzudenken, insbesondere da einige Ausbildungsstätten auch außerhalb von Wilhelmshaven liegen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Die Stadt Wilhelmshaven begrüßt die Errichtung des Ausbildungsverbundes „Gemeinsam pflegen“ für die Pflegeausbildung in der Stadt Wilhelmshaven und der Region, in dem die beiden Pflegeschulen und die weiteren Ausbildungsträger zusammenarbeiten wollen
2. Dem Verbundvertrag in der vorgelegten Fassung wird zugestimmt. Er ist eine gute Grundlage für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Kooperationspartner im Ausbildungsverbund und stärkt das gemeinschaftliche Miteinander zum Wohle der Auszubildenden

4.7 Benennung eines neuen beratenden Mitgliedes im Ausschuss für 196/2020
Soziales und Gesundheit

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beruft Frau Meyer-Machtemes als beratendes Mitglied aus dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit ab.

Auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände in Wilhelmshaven wird als Nachfolger Herr Dr. Martin Kröger als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit berufen.

4.8 Mittelbereitstellung für die Naturschutzstiftung FRI – WTM – WHV, hier: Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität (biologische Vielfalt) **152/2020**

Die Beschlussvorlage wurde von **Herrn Becker** vorgetragen.

Herr Dr. von Teichman kritisierte, dass in den Ausführungen zu wenig konkrete Maßnahmen für die Stadt Wilhelmshaven enthalten seien.

Herr Marusic entgegnete, dass im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz ausführlich über die Tätigkeiten der Naturschutzstiftung berichtet worden sei. Es seien auch Maßnahmen für die Stadt Wilhelmshaven geplant.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Naturschutzstiftung Region Friesland – Wittmund – Wilhelmshaven werden vorbehaltlich der Haushaltsbeschlüsse ab dem Haushaltsjahr 2021 Mittel in Höhe von 50.000,- € pro Jahr zur Umsetzung regionaler Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität (biologische Vielfalt) zweckgebunden je Haushaltsjahr zur Verfügung gestellt.

Die Fördersumme ist für das jeweilige Geschäftsjahr bis spätestens 31.03. d. J. an die Stiftung zu überwiesen. Die Stiftung hat im Gegenzug bis zum 31.03. des Folgejahres die tatsächliche Mittelverwendung zu ermitteln und einen möglichen Differenzbetrag entsprechend der getätigten Einzahlung an die Stadt Wilhelmshaven zu erstatten.

4.9 Antrag Gruppe GUS: Einrichtung einer Babyklappe **521/2020**

Frau Kloster brachte den Antrag der Gruppe GUS ein.

Herr Tönjes fügte hinzu, dass es sich bei der Babyklappe nicht um eine Alternative zur vertraulichen Geburt handeln soll, sondern diese eine Erweiterung des Angebotes sein soll. Auch **Herr Walpurgis** sprach sich für die Einrichtung einer Babyklappe aus.

Herr Dr. Schulte berichtete, dass im Jugendhilfeausschuss ausführlich über diesen Antrag diskutiert wurde. Fachlich sei eine Babyklappe nicht sinnvoll und die Möglichkeit einer vertraulichen Geburt sei die beste Lösung.

Frau Bakir brachte ein, dass man nicht darüber diskutieren müsse, ob eine

Babyklappe oder die vertrauliche Geburt angeboten wird, man könne beide Optionen anbieten.

Herr Reese und **Herr Moriße** sprachen sich gegen die Einrichtung einer Babyklappe aus.

Herr Becker stellte einen *Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte*.

Herr Tönjes merkte an, dass noch einiges zu diskutieren sei und sprach sich gegen den Antrag auf Ende der Debatte aus.

Der *Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte* wurde mit 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

Anschließend wurde über den Antrag der Gruppe GUS abgestimmt.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Beim anstehenden Neubau des Klinikums wird die Planung dahingehend ergänzt, dass eine sogenannte „Babyklappe“ eingerichtet wird.

Begründung:

In Deutschland gibt es knapp 100 Babyklappen; in Niedersachsen unter anderem in Hannover, Braunschweig, Osnabrück, Rotenburg und Nordhorn, also längst noch nicht flächendeckend und für alle Frauen erreichbar. Wilhelmshaven muss als Oberzentrum und Marinestadt in seinem modernen geplanten Klinikum verzweifelten Müttern unbedingt diese Möglichkeit bieten, wenn sie keinen anderen Ausweg sehen.

Laut Meinung vieler führender Kinderärzte sind Babyklappen unverzichtbar, damit Neugeborene in erster Linie überhaupt die Möglichkeit haben, zu überleben. Die meisten Politiker aller Parteien befürworten ebenfalls die Einrichtung einer Babyklappe und plädieren zudem für die Möglichkeit einer anonymen Geburt, die bereits an zahlreichen Kliniken praktiziert wird, damit nicht nur das Neugeborene, sondern auch die Mutter während und nach der Geburt medizinisch versorgt wird. Natürlich müssen parallel dazu die Hilfsmöglichkeiten für verzweifelte werdende und junge Mütter weiterhin optimiert werden, denn die Inanspruchnahme einer Babyklappe muss immer der letzte Ausweg sein, um das Leben eines Neugeborenen zu retten.

Straßenbeleuchtung

Herr Moriße brachte den Antrag der AfD-Fraktion ein.

Herr Jacques erklärte, dass die SPD-Fraktion den Antrag ablehnen werde. Es sei sinnvoller die vorhandene Prioritätenliste abzuarbeiten.

Herr Walpurgis berichtete, dass der Antrag nicht im Betriebsausschuss der technischen Betriebe beraten wurde, da dort kein Vertreter der AfD-Fraktion anwesend gewesen sei.

Herr Moriße erläuterte, dass er aus beruflichen Gründen nicht an der Sitzung des Betriebsausschusses teilnehmen konnte.

Frau Glaser und **Herr Tönjes** sprachen sich gegen den Antrag aus, da dies in der Zuständigkeit von TBW läge.

Herr Heinemann befürwortete eine Zurückweisung des Antrages an den Betriebsausschuss TBW.

Herr Kullik erörterte, dass diese Thematik zur Straßensanierungsstrategie gehöre, welche immer zum neuen Wirtschaftsplan geplant werde. Er berichtete, dass auf der genannten Strecke ca. 500 m beidseitige Beschädigungen vorliegen. Es kann dort zunächst eine Interimsmaßnahme erfolgen, für weitergehende Planungen seien zusätzliche Prüfungen notwendig.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Die AFD-Fraktion beantragt die Sanierung/Erneuerung Hessenser Weg mit Straßenbeleuchtung. Die entsprechenden Maßnahmen für eine Vorortbesichtigung sind von der Verwaltung in die Wege zu leiten, um das Ausmaß der Schäden und Sicherheit der Bürger zu identifizieren, um anschließend den Hessenser Weg für alle Nutzer sicher und freundlicher zu erneuern.

Begründung:

Der Hessenser Weg ist aufgrund seines schlechten baulichen Zustands für Rollstuhlfahrer oder etwa Menschen mit Rollatoren nicht nur ein schwieriges und vor allem anstrengendes Unterfangen. Einige Barrieren sind für sie auch unüberwindbar. Für einen Besuch in den Anlagen des Kleingartenvereins müssen Nutzer von Rollstühlen und E-Mobilen den Weg auf maroden und gefährlichen Straßen zurücklegen.

Es ist anstrengend und gefährlich, die Straßen sind stark beschädigt, uneben und mit Schlaglöchern übersät. Dieses haben Mitglieder der AfD Wilhelmshaven bei einem Termin vor Ort mit Betroffenen festgestellt. „Bei Gegenverkehr wird es deshalb manchmal

schwieriger", so wurde der AfD die Situation von Betroffenen geschildert.

Obwohl die Stadt Wilhelmshaven in Sachen Barrierefreiheit schon sehr engagiert ist und gute Arbeit leistet, besteht am Hessenser Weg noch immenser Nachholbedarf.

4.11 Antrag BASU: Erarbeitung eines Konzepts zur Reaktivierung des Campingplatzes in Voslapp **534/2020**

Herr Tönjes brachte den Antrag für die BASU ein.

Herr Schönfelder teilte mit, dass der Antrag aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar sei. Die Verwaltung habe den Antragsteller informiert.

Herr Becker stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung.

Herr Dr. Schulte forderte dazu auf, Anträge zurückzunehmen, wenn diese nicht umsetzbar seien.

Herr Tönjes entgegnete, dass er die Meinung der Verwaltung nicht teile und es bedauern würde, wenn der Antrag nicht behandelt wird.

Herr Becker rief zur Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung auf.

Der Antrag auf Nichtbefassung wurde mit 11 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen angenommen.

Beschluss: -Nichtbefassung-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen:

Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept zur Reaktivierung des Campingplatzes in Voslapp.

Begründung:

Der bestehende Campingplatz wurde im Jahr 2004 geschlossen, ohne dass das Gelände für irgendetwas anderes gebraucht wurde.

Dieses Gelände kann sofort wieder als Campingplatz genutzt werden, da alle benötigten Anschlüsse noch vorhanden sind.

Weil beide Kohlekraftwerke in absehbarer Zeit schließen werden, wird es dort auch wieder die Möglichkeit geben, in der Jade zu baden.

Nachdem wir feststellen mussten, dass in diesem Bereich etliche Camper mit ihren Mobilien stehen, halten wir es für richtig, den Campingplatz wieder herzurichten, damit die jetzigen „Wildcamper“ wieder sicher am ehemaligen Campingplatz am Geniusstrand ihre Plätze finden können.

Vor dieser Maßnahme haben nicht nur die Voslapper etwas, die

ganze Stadt kann davon profitieren. Hinzu kommt, dass in das Tourismuskonzept selbstverständlich auch der Norden mit einbezogen werden muss.

Durch die Einnahmen der Camper, es sollten auf keinen Fall nur Dauercamper sein, kann auch das Freibad Nord auf Dauer erhalten werden.

4.12 Antrag Gruppe GUS: Einrichtung von "All Gender Toiletten"

535/2020

Frau Kloster brachte den Antrag der Gruppe GUS ein. Sie betonte, dass es in erster Linie um die Prüfung der Möglichkeiten gehe.

Herr Jacques erklärte, dass die SPD-Fraktion den Prüfauftrag unterstütze.

Herr Schönfelder erinnerte daran, dass der Antrag aus drei Bestandteilen bestehe und es sich hierbei nicht nur um ein Prüfauftrag handeln würde.

Herr Moriß gab bekannt, dass die AfD-Fraktion den Antrag nicht unterstützen werde.

Herr Dr. von Teichman bemängelte, dass der Antrag nicht eindeutig genug sei.

Herr Tönjes und **Herr Walpurgis** sprachen sich für den Antrag aus.

Frau Franke befürwortete ebenfalls die Einführung von All Gender Toiletten.

Frau Glaser erklärte, dass die Gruppe CDU/WBV gegen den Antrag stimmen werde.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, in welchen öffentlichen Gebäuden, für die die Stadt zuständig ist, zusätzlich zu Damen- und Herrentoiletten auch Toiletten für „All Gender“ (w/m/d) eingerichtet werden können.

Mit Anerkennung des dritten Geschlechts ist diese Prüfung nötig. Sie soll gleichzeitig, mit vorausschauender Absicht erfolgen, um Kosten, die durch die Durchsetzung eines möglichen Rechtsanspruchs entstehen könnten, aufzufangen.

Bei der Prüfung ist zu berücksichtigen, dass mit der Umwidmung mindestens einer bereits vorhandenen geschlechtergetrennten Toilette pro geeignetem Gebäude in eine genderneutrale Toilette, auch manchmal Unisex-Toilette genannt, eine sehr kostengünstige Umsetzungsmöglichkeit besteht. Die Verwaltung wird beauftragt, Unisex-Toiletten in solchen Gebäuden einzurichten, bei denen die Prüfung eine Umsetzungsmöglichkeit ergeben hat. Es sind damit nicht nur Verwaltungs- und Kulturgebäude gemeint, sondern auch weiterführende Schulen und öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder, Bibliotheken usw. einzubeziehen.

Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass im Rahmen von Neubau oder Sanierungsmaßnahmen von Sanitäreinrichtungen die Schaffung von Unisex-Toiletten berücksichtigt wird.

Sachverhalt /Begründung:

Existieren nur nach männlich und weiblich getrennte Toiletten, so benachteiligt dies Menschen, die sich entweder

- keinem dieser Geschlechter zuordnen können oder wollen oder
- einem Geschlecht zugehörig fühlen, das sichtbar nicht ihrem biologischen Geschlecht entspricht.

Obwohl Toiletten auf den ersten Blick nicht nach dem Gegenstand eines drängenden politischen Problems aussehen, haben sie eine große Bedeutung für den Alltag der Betroffenen. In seiner Stellungnahme zu Intersexualität nennt der Deutsche Ethikrat die geforderte „tägliche Entscheidung zwischen den Geschlechtern (zum Beispiel auf öffentlichen Toiletten)“ als eine der von Intersexuellen meistgenannten Hürden in ihrem Alltag (Alfons Bora, Zur Situation intersexueller Menschen, Bericht über die Online-Umfrage des Deutschen Ethikrates Von 2012, S 20/21). Transidente Menschen, deren Geschlecht sichtbar nicht ihrem biologischen Geschlecht entspricht, müssen sich bei jedem Gang zur Toilette entweder dem Geschlecht ihres Körpers zuordnen oder sich dem Risiko aussetzen, auf der anderen Toilette als fremder Eindringling wahrgenommen und konfrontiert zu werden. Unisex-Toiletten dagegen erfordern keine Selbstkategorisierung in das binäre Geschlechtersystem. Das kann selbst für Menschen, die sich prinzipiell zuordnen können, dazu aber nicht ständig angehalten werden möchten, angenehm sein. Der Antrag sieht vor, dass nach wie vor eine ausreichende Anzahl w/m-Toiletten existiert. Somit ist niemand gezwungen, eine Unisex-Toilette zu benutzen, wenn sie oder er sich damit unwohl fühlt. Die Wahlmöglichkeiten werden hingegen erweitert. Auch die Arbeitsstätten-Richtlinie und die Arbeitsstätten-Verordnung stehen dem nicht entgegen. Die Umwidmung existierender Toiletten zu Unisex-Toiletten ist kostengünstig, da bei Einzeltoiletten lediglich die Beschilderung ausgetauscht werden muss.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Wilhelmshaven für das Geschäftsjahr 2019 **221/2020**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor und wies darauf hin, dass Frau Glaser und Herr Jacques dem Mitwirkungsverbot unterliegen, da beide Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse seien.

Frau Bakir gab bekannt, dass sie sich aus persönlichen Gründen enthalten möchte.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Verwaltungsrat der Sparkasse Wilhelmshaven wird für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

5.2 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **189/2020**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich bei allen Spendern.

Herr Tönjes hinterfragte, ob nicht das Land bei den Zuwendungen Nr. 1 und Nr. 2 Empfänger sein müsste.

Herr Schönfelder antwortete, dass die Anschaffung von Lernmaterialien in die Zuständigkeit der Stadt fällt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger/Verwendungszweck
1. „Hasentour“, Frau Annerose Pankotsch, Dicktonnenstr. 2, 26419 Schortens	400,00 €	Geldspende an die GS Voslapp für die Anschaffung eines Stromkoffers
2. Frau Gaby König, Werdumer Str. 104, 26389 Wilhelmshaven	300,00 €	Spende diverser Schulmaterialien für Grundschulkinder in Wilhelmshaven
3. Herr Jörg Sieberns, Neuender Reihe 29, 26389 Wilhelmshaven	1.265,00 €	Geldspende für den Besuchsdienst der Altenhilfe der Stadt Wilhelmshaven

6 Mitteilungen und Anfragen

Haushaltsplanung 2021/2022

Herr Bruns gab bekannt, dass der Zeitplan für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2021/2022 nicht eingehalten werden könne. Damit können auch die Klausurberatungen nicht wie geplant stattfinden. Aktuell sei das Defizit des Haushaltes zu hoch, daher müsse an vielen Stellen nachgearbeitet werden, insbesondere mit Blick auf die letzte Haushaltsgenehmigung, die Stabilisierungsvereinbarung und den angekündigten Überprüfungen des Rechnungshofes von Investitionen und Haushaltsresten.

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, dass die Verzögerungen zu einer haushaltslosen Zeit im Jahr 2021 führen würden und dies auch Verzögerungen bei Investitionsmaßnahmen bedeuten könne.

Herr Oberbürgermeister Feist erklärte, dass viele investive Mittel aus diesem Jahr als Haushaltsreste übertragen werden, so dass einige Investitionsmaßnahmen trotzdem durchgeführt werden können.

Herr Heinemann, Herr Tönjes und Frau Bakir sprachen sich für einen Haushaltsbeschluss in dem aktuellen Kalenderjahr aus.

Herr Müller betonte, dass er, wie Herr Bruns, den aktuellen Haushaltsplanungsstand nicht für genehmigungsfähig hält.

Herr Dr. Schulte rief dazu auf, diese Informationen lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Eine Beratung über den Haushalt sei nicht sinnvoll, wenn das Zahlenwerk nicht fundiert sei.

Herr Bruns erklärte, dass das Defizit nicht ausschließlich durch die Corona-Pandemie verursacht sei.

Herr Becker und Frau Glaser bemängelten, dass die Ursachen für das Defizit nicht detaillierter erörtert wurden.

Herr Walpurgis brachte die Idee ein, dass zunächst ein Haushaltsplan nur für das Jahr 2021 beschlossen werden könnte.

Herr Jacques bat darum, dass Herr Bruns in der Fraktionssitzung der SPD die Problematik ausführlicher vorträgt.

Herr Dr. von Teichman merkte an, dass viele Kommunen erst Anfang des Jahres den Haushaltsplan verabschieden.

Niederschlagungen

Herr Müller beantwortete die Frage von Herrn Walpurgis aus der Sitzung am 13.07.2020 bezüglich der Höhe der Niederschlagungen in den vergangenen Jahren. Durchschnittlich wurden ca. 300.000 € jährlich niedergeschlagen. In den letzten 5 Jahren habe die Stadtkasse durchschnittlich 2 Mio. € jährlich vollstreckt, dadurch seien die verbliebenen offenen Forderungen zum Jahresende auch kontinuierlich gesunken. Die Verfahrensweise werde außerdem jährlich optimiert.

Produkte

Auf Nachfrage von **Herrn Tönjes** erklärte **Herr Müller**, dass im Haushaltsplan ein Produktkatalog enthalten sei. In diesem Produktkatalog sei auch ersichtlich, welche Produkte als wesentlich eingestuft sind.

Krankenhaus

Frau Bakir erkundigte sich nach der finanziellen Situation des Krankenhauses.

Herr Oberbürgermeister Feist berichtete, dass der Wirtschaftsplan des Klinikums aktuell abgestimmt werde.

6.1 Angelegenheiten der WirtschaftsförderungMachbarkeitsstudie Eisenerz-Direktreduktionsanlage

Herr Oberbürgermeister Feist informierte darüber, dass für die Eisenerz-Direktreduktionsanlage zunächst eine Machbarkeitsstudie erstellt werden müsste. Diese Machbarkeitsstudie wird voraussichtlich maximal 1,6 Mio. € kosten, die Wirtschaft ist bereit 1,2 Mio. € zu übernehmen. Es wird jedoch gefordert, dass die öffentliche Hand die restlichen 400.000 € beisteuert. Die vom Bundestag beschlossene Hilfe in Höhe von 157 Mio. € steht aufgrund der fehlenden Verwaltungsvereinbarung noch nicht zur Verfügung. Aktuell warte man noch auf eine Rückmeldung des Landes, ob eine andere Fördermöglichkeit bestehe.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 18:38 Uhr

Bruns
Stadtrat

Becker
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin